

Jetzt gilt: Die Mehrwertsteuer wird erhöht, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden erhöht.

Steuer- und Abgabenerhöhungen sind also mit einem Male geeignet, die Rahmenbedingungen der Wirtschaft zu verbessern und die Voraussetzungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen, nur weil sie von der CDU/CSU beschlossen worden sind.

Wortbruch II:

Bisher galt als zentraler Punkt in der Finanzpolitik der CSU eine höhere Staatsverschuldung unterhöht das Vertrauen der Bürger in die staatliche Wirtschaftspolitik, belastet die Kapitalmärkte und führt damit zu höheren Zinsen, was sich wiederum nachteilig auf die privaten Investitionen auswirkt.

So Streibl am 14. Juni 1982: "Die privaten Investoren können alle weiteren Zinssenkungshoffnungen in den Kamin schreiben, wenn der Bund durch zusätzliche Kreditaufnahme den Kapitalmarkt weiter belastet. Die Rekordverschuldung des Bundes wird im Winter 1982/83 zu einer Rekordarbeitslosigkeit führen."

Jetzt gilt: Die neue Koalition will die Kreditaufnahme des Bundes im nächsten Jahr auf 38 Milliarden Mark erhöhen, womit der Entwurf von CDU/CSU/FDP zehn Milliarden Mark mehr Schulden enthält, als der ursprüngliche Haushaltsentwurf der sozialliberalen Koalition. Dazu kommt noch die Zwangsanleihe, die ökonomisch betrachtet nichts anderes als eine weitere Verschuldung des Staats darstellt. Damit wird jetzt von der neuen Regierung die Schallmauer von 40 Milliarden Nettokreditaufnahme durchbrochen, vor der der bayerische Finanzminister Streibl die alte Regierung lauttönend gewarnt hatte. Wie darauf die Kapitalmärkte reagieren, darf man gespannt sein. Oder glaubt etwa die CSU, daß es gute und schlechte Staatsschulden gibt, daß die von ihr beschlossenen Schuldaufnahmen ökonomisch anders wirken als die Beschlüsse der sozialliberalen Koalition?

Wortbruch III:

Bisher galt, die Belastungen der Familien müssen in der Steuer- und Finanzpolitik angemessen zum Ausdruck kommen. Eine Einschränkung der Leistungen für die Familien sei daher nicht zu verantworten.

Strauß hat dies besonders deutlich gemacht, als er sich in einem Rundbrief an seine Ministerpräsidentenkollegen vehement gegen die Kappung des Ehegatten-Splittings eingesetzt hat: "Der Bund will sich erneut und zum wiederholten Male auf Kosten einzelner Gruppen unserer Gesellschaft sanieren. Diesmal sind es vor allem die intakten Familien und die mittelständischen Unternehmen. Diese unheilvolle politische Zielrichtung sehe ich vor allem bei der vorgesehenen Kappung des Ehegatten-Splittings... Ich muß in aller Deutlichkeit daran erinnern, daß unsere Verfassung die Familie schützt... Die geplante Maßnahme ist ein gezielter Schlag gegen die traditionelle Familie, in der der Ehemann einer Erwerbstätigkeit nachgeht und sich die Ehefrau um Haushalt und Kinder kümmert."

Jetzt gilt: Die Familien können ohne weiteres zur Sanierung des Haushalts belastet werden, wobei allerdings nicht nur die Besserverdienenden herangezogen werden, sondern auch die unteren Einkommensbezieher. Die geplante Kindergeldkürzung, die beim dritten Kind bereits mit 70 Mark zu Buche schlägt, soll anscheinend die Wende in der von Helmut Kohl geforderten neuen Politik für die Familie markieren. Die geplante Streichung des Schüler-BAföG wird die Bildungschancen der Arbeitnehmer-Haushalte im unteren und mittleren Einkommensbereich nachhaltig schwächen und ist damit alles andere als familienfreundlich.



Wortbruch IV:

Bisher galt, die CSU ist gegenjegliches Sonderopfer, das einer Gruppe der Gesellschaft zur Sanierung des Haushalts zugemutet werden kann. Insbesondere galt dies für den öffentlichen Dienst und die Beamten.

So hat sich Strauß tatkräftig gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Verschiebung der Besoldungserhöhung um drei Monate ausgesprochen. In einem Brief an den Vorsitzenden des Beamtenbundes, Alfred Krause, schrieb Strauß: "Ich habe mich stets gegen Sonderopfer einer gesellschaftlichen Gruppe ausgesprochen, sei es nun der öffentliche Dienst insgesamt oder nur die Beamten. Ein Sonderopfer der Beamten wäre der falsche Weg zur Lösung der von der Bundesregierung verschuldeten Haushaltsprobleme... es wäre ein gefährlicher Ausweg, das Berufsbeamtentum, ohne das die Stabilität unseres Gemeinwesens nicht erhalten werden könnte, um eines kurzen fiskalischen Vorteils willen zu schwächen."

Jetzt gilt: Sonderopfer für den öffentlichen Dienst sind durchaus zulässig, weil sie von der Union beschlossen werden. Die Beamten sollen nicht mehr die von den Tarifparteien ausgehandelte Besoldungserhöhung des öffentlichen Dienstes erhalten, sondern eine durch Bundesgesetz vorab geregelte Anpassung ihrer Bezüge bekommen, die bereits heute auf maximal zwei Prozent festgelegt wird. Außerdem sollen die Beamten an den Beihilfen, die der Staat ihnen bisher im Krankheitsfall gewährt hat, einen Teil dieser Beihilfen aus eigener Tasche bezahlen.

Auf beschämendere Art hat sich bisher niemand in der Bundesrepublik an die Macht geschlichen. Dieser wortbrüchigen CSU und ihrer unglaubwürdigen Politik muß auch der bayerische Wähler am 10. Oktober eine klare Absage erteilen. Man kann doch nicht jahrelang gegen die Maßnahmen einer SPD/FDP-Bundesregierung bis an die Grenzen des guten Geschmacks polemisieren und dann innerhalb einer einzigen Woche - nur weil Aussicht auf Macht in Bonn besteht - genau das tun, beschließen und verantworten, was man jahrelang auf das schärfste bekämpft hat. Die CSU hat damit einmal mehr ihr wahres Gesicht gezeigt. Wer dieser Partei die Stimme gibt, unterstützt den Mißbrauch der CSU in Bonn und in Bayern.

(-/4.10.1982/ka/ca)

+ + +



Dialogbereitschaft aufgegeben

Die FDP verzichtet in der neuen Koalition auf ihre deutschlandpolitischen Akzente

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU und FDP versuchen im Bereich der Deutschlandpolitik den Eindruck der Kontinuität zu vermitteln. Dieser Eindruck ist trügerisch. Trotz der Bereitschaft von Bundeskanzler Kohl zum Gespräch mit Erich Honecker, ist eine schrittweise Veränderung erst der Akzente und dann auch der Substanz der bisherigen Deutschlandpolitik zu befürchten.

Die Handschrift der Union in den Koalitionsvereinbarungen ist offensichtlich: So wird das Selbstbestimmungsrecht, das Ziel der Einheit in Freiheit in den Koalitionsvereinbarungen noch vor dem Ziel der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Interesse des Friedens in Europa aufgeführt. Es deutet sich an, daß der Deutschlandvertrag, den die Bundesrepublik Deutschland mit den ehemaligen westlichen Besatzungsmächten abgeschlossen hat, und der von der DDR immer wieder kritisierte "Brief zur deutschen Einheit" in Zukunft wieder eine größere Bedeutung als Richtschnur für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung erhalten soll.

Die Union konnte sich mit ihrem Grundsatz "Leistung und Gegenleistung" als Leitlinie für die Beurteilung von innerdeutschen Vereinbarungen durchsetzen. Dieser Leitsatz, gegen den vom Grundatz her nichts einzuwenden ist, wurde von der CDU/CSU in der Vergangenheit immer benutzt, um gegen fast alle bisherigen deutsch-deutschen Vereinbarungen zu polemisieren.

Springers "Welt" frohlockte bereits darüber, daß die Gleichsetzungs-Formel "die beiden deutschen Staaten" in den Koalitionsvereinbarungen fallengelassen worden sei.

Verglichen mit der Regierungserklärung der sozialliberalen Koalition vom November 1980 hält die FDP im Koalitionspapier nicht mehr fest an der

- Politik eines vertraglich geregelten Nebeneinanders der beiden deutschen Staaten.
- Gemeinsamen Verantwortung der beiden Staaten für die aktive Friedenssicherung in Europa.

Aufgegeben ist auch die damals behandelte Dialogbereitschaft der Bundesregierung gegenüber der DDR.

Der innerdeutsche Handel wird im Koalitionspapier zwar als wichtiges Element dargestellt, es ist aber keine Rede mehr vom kontinuierlichen Ausbau der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen. Andere praktische Fragen wie die Intensivierung der Kulturbeziehungen und die Regelung von Umweltschutzfragen sind ebenfalls nicht genannt.

(-/4.10.1982/ks/ca)

+ + +



Nagelprobe für Kanzler Kohl!

Der Doktor der Philosophie verbreitet schulmeisterliche Banalitäten

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Die neuen Arbeitsmarktzahlen für den Monat September liegen vor. Inmitten des Bonner Rummels um Koalitionsgezänk, Kanzlersturz und FDP-Zick-Zack-Kurs platzen Zahlen, die jeden alarmieren müssen. 1.820.000 Menschen in diesem unserem Lande - wie der neue Kanzler sagen würde - sind jetzt ohne Arbeit. Das sind 22.900 mehr als noch vor einem Monat. Noch bedrohlicher wird das Zahlenwerk, wenn man den Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres zieht. Mehr als eine halbe Millionen Menschen mehr, nämlich 563.000 oder 45 Prozent sind es im September 1982. Das Erreichen der Zwei-Millionen-Grenze ist abzusehen. Für die ersten neun Monate des Jahres wurde damit bereits ein Schnitt von 1.780.000 Arbeitslosen erreicht.

Dies sieht nun im einzelnen so aus: Die Zahl bei den Männern kletterte auf 983.000. Ein prozentualer Anstieg von 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nicht ganz so schlimm sieht es - auf den ersten Blick - bei den Frauen aus. Hier beträgt der Anstieg "nur" 31 Prozent auf jetzt 196.800. Doch jeder sollte wissen, daß gerade diese Zahl zu größeren Trugschlüssen führen kann. Hier ist die Zahl derjenigen besonders groß, die erst gar nicht oder gar nicht mehr bei den Arbeitsämtern erfaßt sind. Der alte Begriff von den Frauen als der industriellen Reservearmee erhält in diesen Krisenzeiten wieder seine traurige Berechtigung. Nicht besser ist es um die Jugendlichen bestellt. Hier ist der Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit 41 Prozent als katastrophal zu bezeichnen. Nicht ganz so gravierend sind die Steigerungsraten bei anderen Gruppen: Die Zunahme bei den ausländischen Arbeitnehmern beträgt 36 Prozent, bei den Schwerbehinderten 29 Prozent und bei den mehr als 59jährigen zehn Prozent.

Doch es gibt eine weitere alarmierende Entwicklung: mit dem rapiden Anstieg der bereits jetzt für den kommenden Monat geplanten Kurzarbeit werden eine große Anzahl Arbeitnehmer in eine Vorstufe von Arbeitslosigkeit gebracht. Für 371.000 Arbeitnehmer wurde Kurzarbeit angemeldet. Das sind zweieinhalb mal so viele wie vor einem Jahr! Am stärksten betroffen davon sind folgende Bereiche:

- Kfz-Herstellung: plus 53.000,
- Maschinenbau: plus 75.000,
- Elektro: plus 68.000,
- Metallerzeugung: plus 60.000,
- Holzverarbeitung: plus 44.000.



Kommen wir zu der Zahl, die von den Beschwörern der sogenannten "sozialen Hängematte" zumeist "vergessen" wird: die offenen Stellen.

Hier ist ein geradezu alarmierender nochmaliger Rückgang um jetzt 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Wer das gesamte Zahlenwerk nüchtern und sachlich betrachtet, wird nicht umhin kommen, festzustellen, daß hier keine saisonale Verschlechterung vorliegt, sondern sich eine nochmalige krisenbedingte Verschärfung der Lage eingestellt hat. Dies ist nun die Nagelprobe für den, der so gerne einmal Kanzler werden wollte. Jetzt kann er zeigen, daß er der richtige Mann für dieses schwere Amt ist. Bedenken sind angebracht. Der Doktor der Philosophie Kohl dürfte Überfordert sein. Seine Äußerungen im Fernsehen in den vergangenen Tagen haben schon jetzt gezeigt, daß er von Wirtschaft wenig Ahnung hat und sich statt dessen in schulmeisterlichen und nachdenklichen Banalitäten ergeht. Damit wird er aber den Arbeitsmarkt nicht wiederbeleben können. Das von ihm vorgestellte Koalitionspapier läßt da keine Hoffnung aufkommen. Das Wort Jugendarbeitslosigkeit kommt erst gar nicht vor. Die Vorstellungen Kohls über eine Verlängerung der Arbeitszeit werden den Arbeitsmarkt nur weiter belasten. Alle übrigen Programmpunkte lassen sich auf den kurzen Nenner bringen: Sozialabbau für die Kleinen, Steuererleichterungen und Gewinnhilfen für die Großen. Das heißt für den Arbeitsmarkt: ein weiterer Schub in Richtung Arbeitslosigkeit. Wer die Ergebnisse einer solchen Politik noch immer nicht zur Kenntnis nehmen will, der mache sich wenigstens jetzt einmal die Mühe, nach England und den USA zu schauen. Frau Thatchers Monetarismus und die Reaganomics haben die Arbeitslosenzahlen in schier unvorstellbare Höhen getrieben, ohne daß eine Änderung in Sicht wäre. Wer - wie Kohl, Genscher und Lambsdorff - meint, die Arbeitslosen durch Leistungskürzung bestrafen zu müssen, verkennt ebenfalls die strukturelle Situation des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik. Wie der Rückgang der offenen Stellen zeigt, wie die Tatsache des seit dem Frühjahr stagnierenden Neuzugangs bei gleichzeitiger Verlangsamung des Abgangs an Arbeitslosen zeigt, fehlt es nicht an Leistungswilligen, sondern an Leistungsmöglichkeiten. Hier haben arbeitsmarktpolitische Konzeptionen anzusetzen. Leistungsmöglichkeiten, Arbeitsplätze gilt es zu schaffen.

Die vorgelegten Konzepte Kohls zeigen, daß die neue Regierung hierzu nicht in der Lage sein wird.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß Herr Kohl sich um diese Nagelprobe nicht mit leerem Gerede herumdrücken kann. (-/4.10.1982/v0-he/ca)

+ + +



Für ein Gleichstellungsgesetz mit Biß

Jede Regierung ist zu gesetzgeberischen Maßnahmen aufgefordert

Von Renate Schmidt MdB

Berichterstatte der Enquête-Kommission Frau und Gesellschaft

Das im Kabinett vorgelegte Prüfungsergebnis der Anhörung zur Notwendigkeit eines Gleichstellungs- beziehungsweise Antidiskriminierungsgesetzes entspricht in den wesentlichen Punkten den Vorstellungen der sozialdemokratischen Berichterstatte zum Enquête-Bericht Frau und Gesellschaft.

Die Anhörung hat bestätigt: Wichtigstes Ziel ist die Gleichstellung der Frau im Berufsleben, die Stärkung ihrer individuellen Rechte, eine Gleichbehandlung auch durchsetzen zu können, die Ahndung von Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben, mit einem Wort, die Umgestaltung des unaussprechlichen "arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes" in ein Gleichstellungsgesetz mit Biß.

Die unterschiedlichen Berichts- und Anhörungsaufträge von und an die Regierung haben die Arbeit am Enquête-Bericht Frau und Gesellschaft nicht erleichtert, konnten sie von Interessierten doch immer wieder als Begründung für eine Verzögerungstaktik herangezogen werden nach dem Motto: Gleichstellung der Frau für unverbindliche Sonntagsreden, aber um Himmels Willen keine konkreten Maßnahmen.

Die Vorlage und das Ergebnis des Prüfberichts werden zweierlei bewirken:

1. Keine Regierung wird die Erkenntnisse der unterschiedlichsten Verbände, angefangen von den Gewerkschaften bis zu den Feministinnen vom Tisch wischen können. Jede Regierung ist durch den Prüfbericht zu konkreten gesetzgeberischen Maßnahmen aufgefordert.
2. Der Enquête-Bericht wird unter Einbeziehung dieser Ergebnisse zügiger beraten werden können. Auch die bisherige zehnjährige Arbeit des Parlaments muß endlich Auswirkungen haben.

Ein letztes Wort zu Erinnerung in diesen vergeblichen Zeiten: Es war vorrangiger Wunsch der FDP, die Notwendigkeit eines Gleichstellungs-/Antidiskriminierungsgesetzes zu prüfen. Voilà, hier ist das Ergebnis.

(-/4.10.1982/bgy/ca)

+ + +



Schwierige Lage

Die Menschenrechtssituation in Guatemala verbessern!

Von Peter Männing MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch den Staatsstreich des Generals Rios Montt ist die Beurteilung der innenpolitischen Verhältnisse in Guatemala, insbesondere der Menschenrechtssituation, noch immer schwierig. Präsident Rios Montt hat die Notwendigkeit des Staatsstreiches unter anderem mit Menschenrechtsverletzungen begründet und deren Respektierung zu einem Hauptpunkt seines Programmes gemacht.

Meine schriftliche Anfrage, wie die Bundesregierung Meldungen beurteilt, denen zufolge staatlich organisierte Massaker und Morde in Guatemala nach wie vor in beträchtlichem Ausmaß ausgeübt werden, veranlaßte das Auswärtige Amt, einzuräumen, daß die Anwendung von Gewalt in der Hauptstadt seit der Machtübernahme von Rios Montt zwar erheblich nachgelassen habe; doch: Die Auseinandersetzungen der Regierung mit der Guerilla auf dem Lande dauern indes an. In diesem Zusammenhang steht auch die Verhängung des Ausnahmezustandes.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion erwartet von der Bundesregierung, daß sie angesichts dieses Sachverhalts bemüht bleibt, sich mit allem Nachdruck für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Guatemala einzusetzen.

(-/4.10.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

In einer umfangreichen Ausarbeitung hat der Politik-Wissenschaftler Peter von Oertzen, der auch Mitglied des SPD-Parteivorstandes ist, die politischen Möglichkeiten und Gefahren der neuen sozialen Bewegung in der Bundesrepublik untersucht. Wir dokumentieren den Text in mehreren Teilen. Der Beitrag ist geschlossen in dem Buch "Prinzip Leben, Ökopax - die neue Kraft", Verlag Ollé & Wolter, 14,80 DM, erschienen.

Realität und Utopie (Teil V)

+ Eine Übereinstimmung der objektiven Interessen (auch wenn das subjektiv geleugnet werden sollte) besteht zwischen grün/alternativer "Partei" und SPD schließlich auch in der allgemeinen strategischen Grundfrage nach den politischen Mehrheiten in den Parlamenten und vor allem in der Bevölkerung selbst. Die grün/alternative "Partei" wird eine Minderheit bleiben und werde sie auch so stark wie die französische oder die italienische KP (was nicht sehr wahrscheinlich ist); sie braucht Verbündete, wenn sie Teile ihres Programms verwirklichen will. Die SPD kann unter den Bedingungen der spätkapitalistischen Dauerstagnation zwar mit CDU/CSU und FDP noch Regierungen bilden; sozialdemokratische Reformpolitik wird sie mit diesen Parteien für lange Zeit nicht mehr treiben können. Sozialdemokraten und Grün/Alternative gemeinsam könnten - vielleicht und unter bestimmten Bedingungen - wenigstens Teile ihres jeweiligen Programms verwirklichen.

Bleiben die im engeren Sinne strategischen Fragen: *) (+/ Dieser Text ist im August 1982 verfaßt worden)

- + Wird die SPD dem unaufhaltsamen Verfall der sozialliberalen Koalition wie gelähmt zusehen und schließlich in der Opposition landen?
- + Oder will die SPD - in einer Art von Verzweiflungsakt - sich selbst in die Opposition flüchten?
- + Oder wird die SPD, falls die Union sie überhaupt braucht, den Weg in die Große Koalition wählen und damit in die Rolle eines Junior-Partners und sozialen Feigenblattes der CDU/CSU?
- + Oder will die SPD die Möglichkeit einer "rot-grünen" Zusammenarbeit ernsthaft prüfen?
- + Wird die grün/alternative "Partei" einsehen können, daß eine "neue Mehrheit" - wenn überhaupt - nur dann möglich ist, wenn die SPD nicht genötigt wird, ihren traditionellen, teilweise "konservativ" tendierenden Arbeiter- und Gewerkschaftsflügel nach rechts hin abwandern zu lassen?
- + Wird die grün/alternative "Partei" einsehen können, daß die - an sich natürlich naheliegende - Politik, die SPD erstmal eine Weile im eigenen Saft schmoren zu lassen, eine Politik nach dem alten Berliner Rezept wäre: "Es geschieht meinem Vater ganz recht, daß mir die Finger verfrühen, warum kauft er mir keine Handschuhe?"
- + Wird die grün/alternative "Partei" einsehen können, daß selbst wenn der Niedergang der SPD und der Aufstieg einer grün/alternativ/linkssozialistischen Formation sich weiter fortsetzen würde, die alte SPD vermutlich immer noch erheblich stärker bliebe, als die "neue Linke" - um den Preis übrigens einer derweil etablierten erdrückenden konservativen Mehrheit?
- + Wird die grün/alternative "Partei" einsehen können, daß auch die SPD - so kritisch man ihr begegnen mag - einen eigenen historischen, politischen und sozialen Charakter besitzt, den zu verleugnen, man von ihr sinnvollerweise nicht verlangen kann? Wird sie insbesondere einsehen, daß das Gewaltmonopol des Staates und die strikte Respektierung von Recht und Verfassung für Sozialdemokraten keine taktischen Ausflüchte sind, sondern undiskutierbare Prinzipien?
- + Wird die grün/alternative "Partei" einsehen können, daß ihre eigene (Wähler)-Basis nicht unbedingt die antiparlamentarischen und fundamentaloppositionellen Neigungen ihrer ideologischen "Avantgarde" teilt (57 Prozent der Hamburger GAL-Wähler waren für eine Koalition mit der SPD, 17 Prozent sogar für eine Koalition mit SPD und FDP, nur fünf Prozent für eine Koalition mit der CDU, "Moderne Zeiten" 7/8, 1982, Seite 8, exakt dieselben Zahlen ermittelte eine Umfrage für die Anhänger der "Grünen" in Niedersachsen vor den Landtagswahlen im März).

Alle diese Fragen werden beantwortet werden müssen, und zwar bald! Die SPD hat es dabei nicht Alle diese Fragen werden beantwortet werden müssen, und zwar bald! Die SPD hat es dabei nicht leicht, die grün/alternative "Partei" noch weniger. (/4.10.1982/vo-he/ca)